

Volkswirtschaftliche Basis der Budgetvorschau Wirtschaftsentwicklung bis 1980

Die wirtschaftliche Entwicklung weist gegenwärtig einen außerordentlich hohen Unsicherheitsgrad auf. Folgende Überlegungen wurden als die plausibelsten angenommen¹⁾:

Die österreichische Wirtschaft verzeichnete in den Jahren 1969 bis 1973 reale Wachstumsraten zwischen 5^{1/2}% und 8% (Durchschnitt +6,4% pro Jahr). Zwischen 1970 und 1973 wuchs ihre Wertschöpfung bedeutend rascher als die der anderen westeuropäischen Länder. Auch im Vergleich zum Wachstumstrend, den man im Jahre 1970 mit 4,8% angeben konnte, ist eine Beschleunigung eingetreten. Die Feststellung der Ursachen dieses überraschenden Wachstumsschubes sind für die Prognose entscheidend.

Die Beschleunigung hängt mit der ausgeprägten Hochkonjunktur 1969/70 und 1973 in Westeuropa und fast allen anderen Industrieländern zusammen. Die ausländische Nachfrage induzierte in Österreich die Produktion und die Investitionen.

Erklärungen, weshalb der Aufschwung in Österreich höhere Wachstumsraten erbrachte als in den Vergleichsländern, gibt es einige:

1. Die österreichische Wirtschaft kam um 1968 in den Genuß eines Kostenvorsprungs bei den Arbeitskosten besonders gegenüber den unmittelbaren Konkurrenten (BRD), der bis zuletzt (1973) beibehalten werden konnte. Er wurde durch die Effekte der relativen Schilling-Abwertung in den Jahren 1969 und 1970 noch unterstützt.
2. Die Verteilung der Nachfrageströme war im Aufschwung 1968 bis 1970 zeitlich günstig gestreut, so daß Überhitzungserscheinungen nicht frühzeitig dämpfende Maßnahmen erforderlich machten.
3. Das Angebot an Arbeitskräften stellte sich vor allem infolge der liberalen Zulassungspolitik gegenüber Gastarbeitern als unerwartet elastisch heraus.
4. Hingegen war die Kapazitätsauslastung der österreichischen Industrie 1967 zwar schwach, aber die Exporterfolge der folgenden

¹⁾ Die folgenden Überlegungen beruhen auf einer Ausarbeitung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung.

Jahre ließen bald Engpässe entstehen, die eine Folge der geringen Investitionsneigung der Industrie in den sechziger Jahren waren. Eine sehr starke Investitionswelle lief 1969/70 an.

5. Im Jahre 1968 war der Zollabbau innerhalb der EWG abgeschlossen, und damit trat keine zusätzliche Diskriminierung der österreichischen Exporte mehr ein.
6. Etwa um 1967 kamen tiefgreifende Umstrukturierungsprozesse in der österreichischen Industrie zum Tragen, die Anfang der sechziger Jahre durch verschiedene Ereignisse (Tendenzumkehr auf den Märkten für Grundstoffe, EG- und EFTA-Integration, steigende Arbeitskosten) ausgelöst worden waren. Die Beschleunigung des Wachstums seit den späten sechziger Jahren wurde durch steuer- und investitionspolitische Maßnahmen erleichtert.

PROGNOSE DER RESSOURCEN

Arbeitskräfte

Die starke Verringerung der heimischen Arbeitskräfte, die in den sechziger Jahren eingetreten ist und zum Teil demographische Gründe hatte, zum größeren Teil aber auf eine durch die Verlängerung der Ausbildungszeiten bedingte Verringerung der Erwerbsquote zurückzuführen war, wird bis 1980 nicht mehr weiter fortschreiten. Auf der anderen Seite muß aber angenommen werden, daß die Senkung der Erwerbsquote anhalten wird.

Zwischen 1971 und 1974 ist die Zahl der Erwerbstätigen allerdings durch die liberale Zulassungspolitik für Gastarbeiter, die einen Zustrom von fast 80.000 zur Folge hatte, und durch eine vorübergehende Steigerung der Inländer-Erwerbsquote um insgesamt über 120.000 Arbeitskräfte angestiegen.

Beide Einflüsse dürften bis 1980 nicht anhalten: Die Zahl der Gastarbeiter dürfte sich in den nächsten Jahren nur mehr geringfügig ausweiten lassen, und ein weiteres Steigen der Erwerbsquote ist ziemlich unwahrscheinlich. Verschiedene, teils demographische, teils bildungs-, sozial- oder familienpolitische Einflüsse könnten sich weitgehend kompensieren. Ein etwas schwächeres Sinken als in den sechziger Jahren wird erwartet¹⁾. Die Beschäftigtenzahl dürfte zwischen 1974 und 1980 um rund 40.000 (0,2% pro Jahr) steigen.

¹⁾ Siehe Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, »Erwerbstätigkeit in Österreich 1961 bis 1980«, vorläufige Vorausschätzung, März 1974.

Prognose der Beschäftigung bis 1980

	1961	1971	1974	1980
	1.000 Personen			
Bevölkerung	7.074	7.456	7.470	7.500
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	4.616	4.573	4.560	4.707
Inländische Erwerbstätige	3.370	3.132	3.168	3.154
Inländische Erwerbsquote (Prozent)	73'0	68'5	69'5	67'0
Wanderungssaldo	-2	+161	+240	+293
Erwerbstätige	3.368	3.293	3.408	3.447
Arbeitslose	68	52	45	45
Beschäftigte	3.300	3.241	3.363	3.402
Selbständige	978	786	700	475
Unselbständige	2.322	2.455	2.663	2.927

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wird bis 1980 als Folge der bereits vereinbarten Arbeitszeitverkürzung Anfang 1975 und im weiteren Verlauf als Fortsetzung des in aller Welt zu beobachtenden Trends um rund 7% geringer als 1971 und um rund 5% geringer als 1974 sein.

Das Arbeitsvolumen wird sich daher bei leicht steigender Beschäftigtenzahl zwischen 1974 und 1980 um 0'6% jährlich verringern.

Arbeitsvolumen

	Veränderungen pro Jahr in %		
	1961/71	1971/74	1974/80
Beschäftigung	-0'2	+1'2	+0'2
Geleistete Arbeitszeit	-0'7	-1'1	-0'8
Arbeitsvolumen	-0'9	+0'1	-0'6

Überlegungen über die Produktivitätsentwicklung

Die Beschleunigung des Wachstums in der Periode 1967 bis 1973 ließe sich bei annähernd konstanter Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität gänzlich aus der Zunahme der Beschäftigung und der verbesserten Kapazitätsauslastung erklären.

Überlegungen über die weitere Entwicklung der Arbeitsproduktivität, soweit diese nicht nachfragebedingt ist, sind außerordentlich schwierig. Es fehlt dazu an Meßziffern über die anderen Produktionsfaktoren, insbesondere über die Entwicklung des Kapitaleinsatzes in der Wirtschaft. Dieser Mangel erschwert auch Schätzungen des

Tempos des technischen Fortschritts in Österreich. Eine Steigerung der Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität, in der sich zwangsläufig auch diese Faktoren niederschlagen, scheint jedoch derzeit auf Grund verschiedener Überlegungen nicht sehr wahrscheinlich: Ein Produktivitätszuwachs von jährlich über 5% dürfte im Lichte internationaler Erfahrungen über längere Sicht an der Obergrenze der Möglichkeiten liegen. In der Phase von 1968 bis 1973 ist der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in der Industrie gelegen, der Ausbau der (betrieblichen und überbetrieblichen) Infrastruktur ist bis vor kurzem relativ zurückgeblieben. Innerhalb der Industrie hat sich eine gewisse Verlagerung zu kapitalintensiven Grundstoffindustrien abgezeichnet, deren Produktivitätsfortschritt erfahrungsgemäß eher unter dem Industriedurchschnitt liegt und die auch weniger flexibel auf Änderungen der Marktverhältnisse zu reagieren imstande sind.

Auf der anderen Seite ließe sich anführen, daß nach einer Phase der Kapazitätsausweitung, in der etwa in der Industrie der Kapitaleinsatz je Beschäftigten sogar langsamer stieg als in den sechziger Jahren¹⁾, nun eine Erhöhung der Kapitalintensität zu erwarten ist, die sich auf die Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität günstig auswirken könnte. Auch haben sich die Investitionen der Industrie zwar zu gewissen Zweigen der Grundstoffindustrie verschoben, doch ist die Verlagerung zu den technischen Finalprodukten, besonders zu fertigen Investitionsgütern mit hohem technischen Fortschritt, noch ausgeprägter gewesen. Auch ließ sich in Österreich bisher beobachten, daß die Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität und des Arbeitsvolumens zueinander immer inverse Bewegungen zeigen²⁾. Schätzt man also eine Verlangsamung oder, wie in der vorliegenden Prognose, sogar einen Rückgang des Arbeitsvolumens voraus, so wäre ein Anstieg der Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität zu erwarten.

Wägt man die unterschiedlichen Argumente gegeneinander ab, freilich ohne sie im einzelnen quantifizieren zu können, so scheint einiges für die Beibehaltung der in den Phasen 1961 bis 1971 und 1971 bis 1974 beobachteten (bereinigten) Trends der Arbeitsproduktivität von 5,6% bis 5,7% zu sprechen.

¹⁾ Siehe H. Seidel: Wachstum und Strukturwandel der österreichischen Industrie. Monatsberichte 2/1974, S. 64, Übersicht 5.

²⁾ Siehe ... Kramer: Die Wachstumschancen der österreichischen Wirtschaft bis 1980, Qualitätsbeft der Girozentrale, S. 12.

Produktivitätsentwicklung

	Veränderung pro Jahr in %		
	1961/71	1971/74	1974/80
BNP real je Beschäftigten	5'0	4'4	
BNP real je Beschäftigtenstunde	5'7	5'6	
Saisonkorrektur für Landwirtschaft	0'1	0'0	0'0
Konjunkturkorrektur	-0'1	0'0	0'0
Bereinigtes BNP real je Beschäftigtenstunde	5'7	5'6	5'6
Arbeitsvolumen	-0'9	0'1	-0'6
Vollbeschäftigungs-Nationalprodukt real ..	4'8	5'7	5'0

Indikatoren zur Produktivitätsentwicklung

Investitionsstruktur	Prozent			
	1961	1968	1971	1974
Anteil der Industrieinvestitionen ¹⁾ an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen (real, Preise 1964)	22'2	14'3	18'7	13'9
	1962	1968	1971	1974
Struktur der Industrieinvestitionen (nominell)				
Grundstoffindustrie	19'3	20'6	21'7	18'8
Investitionsgüterindustrie	47'7	37'9	40'5	45'2
Konsumgüterindustrie	33'0	41'5	37'8	36'0
Investitionen je Beschäftigten, real	1961/67	1967/71	1971/74	
Gesamtwirtschaft	+5'5	+7'2	+6'7	
Industrie	-0'3	+10'5	-4'4	

¹⁾ Einschließlich Sägewerke und graphisches Gewerbe.

NACHFRAGE

Im folgenden soll geprüft werden, ob eine Ausschöpfung des Produktionspotentials, dessen Zuwachs in den kommenden Jahren wir oben zu schätzen versucht haben, durch eine entsprechende Entwicklung der in- und ausländischen Nachfrage zu erwarten ist.

Die bis Jahresende 1973 verfügbaren internationalen Wirtschaftsprognosen ließen ein im wesentlichen ungebrochenes Wachstum der Wirtschaft in den industrialisierten Ländern bis 1980 erwarten. Zwei Ereignisse haben an diesem vorsichtigen Optimismus Zweifel aufkommen lassen: Die Gefährdung der Energieversorgung der Industrieländer, die überwiegend Netto-Importeure von Rohenergie sind, durch tatsächliche oder vermeintliche Verknappungen. In Zusammenhang mit dieser Befürchtung steht die Vermutung, daß, wenn schon nicht mengenmäßige Verknappungen eine Drosselung des Wachstumstempos erzwingen könnten, so doch die durch die Verteuerung von

Erdöl und anderen Rohstoffen in vielen Industrieländern ausgelösten Leistungsbilanzdefizite zu einer Bremsung des Wachstums und der Importe führen könnten. Auf der anderen Seite spielt die Annahme, daß die sich seit rund zwei Jahren allmählich beschleunigende Inflation früher oder später zu gravierenden Eingriffen der Politik in das Wirtschaftswachstum führen könnte, eine Rolle.

Die OECD rechnete 1972 mit einem realen Wachstum des Nationalproduktes ihrer Mitgliedstaaten bis 1980 von 5'1% gegenüber 4'7% in den sechziger Jahren bis 1971²⁾. Für die europäischen OECD-Länder werden nahezu unverändert 4'8% prognostiziert, der gleiche Wert wie der für die vergrößerte Neuner-EWG. Auch für den wichtigsten Handelspartner Österreichs, die Bundesrepublik Deutschland, wird ein unveränderter Trend angenommen.

Es ist derzeit unmöglich, Spekulationen über das Ausmaß einer eventuellen konjunkturellen Dämpfung zur Stabilisierung der Preise anzustellen. Es wird im folgenden davon ausgegangen, daß es gelingen wird, die Inflation in Westeuropa ohne allzu scharfe Restriktionsmaßnahmen auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Dies könnte immerhin bedeuten, daß in den Jahren zwischen 1974 und 1980 nicht mit dem Trendwachstum, sondern mit geringeren Zuwächsen gerechnet werden muß. Für die europäischen OECD-Länder wäre etwa 4'5% jährlicher Zuwachs des BNP anzunehmen.

Aktuelle Vorausschätzungen des Importvolumens in den kommenden Jahren liegen derzeit nicht vor. Die OECD¹⁾ nahm 1972 an, daß die Zuwachsrate der realen Importe (einschließlich Dienstleistungen) von 8'2% pro Jahr im Zeitraum 1955/69 auf 6'3% zwischen 1969 und 1980 zurückgehen werde. Als Ursache für diesen Rückgang bei nahezu unveränderter Wachstumsrate des Nationalproduktes ist eine fast um die Hälfte kleinere Importelastizität der US-Wirtschaft als Folge der Dollar-Abwertung angenommen worden. Die Importzuwachsrate der wichtigsten europäischen Länder wurden annähernd gleich wie in der Periode 1955/69 angesetzt.

Das Wachstum der österreichischen Märkte (Importe unserer Handelspartner gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen) würde sich nach der OECD-Prognose um einen halben Prozentpunkt verringern.

¹⁾ Derzeit liegen keine neuen Prognosen vor, insbesondere nicht solche, die auf die Schwierigkeiten im internationalen Handels- und Währungsverkehr Bezug nehmen.

²⁾ OECD Expenditure Trends in OECD Countries 1960—1980, Paris 1972.

OECD-Prognose¹⁾ der Entwicklung des Nationalproduktes 1980

	Zuwachs in % pro Jahr (real)		
	1960-1971	1971-1974	1970-1980 ¹⁾
Österreich	4'8	5'7	4'8
OECD	4'7	5'0	5'1
OECD-Europa	4'7	4'5	4'8
EWG ²⁾	4'6	4'0	4'8
BRD	4'7	3'5	4'5

¹⁾ OECD Expenditure Trends in OECD Countries 1960-1980, Paris 1972. — ²⁾ Ab 1970 Neuner-F.G.

Nimmt man an, daß diese Prognose, die eine etwas ungünstigere Regionalverteilung der österreichischen Exporte als im Durchschnitt der europäischen OECD (relativ hohe Gewichte für BRD, GB, Schweiz) impliziert, im Prinzip zutrifft und daß weiters die vorausgesagten Zuwachsraten des Nationalproduktes dieser Staaten um rund einen halben Prozentpunkt geringer anzusetzen sind, als dies die OECD tat, so erhält man im Bereich der OECD-Länder eine Marktentwicklung für österreichische Ausfuhren von real 5'5% pro Jahr, verglichen mit rund 6'5% zwischen 1960 und 1971. Der Anteil der erdöllexportierenden Länder des Nahen Ostens an der österreichischen Ausfuhr ist mit zirka 1'7% nicht so gewichtig, daß er selbst bei einer starken Ausweitung der arabischen Einkäufe in Österreich die gesamte österreichische Exportzuwachsrate nennenswert beeinflussen könnte.

Das reale Wachstum der österreichischen Märkte wird für die Periode 1974 bis 1980 auf 5'5% bis 6'0% pro Jahr geschätzt. Diese Prognose beruht allerdings auf den OECD-Schätzungen des Jahres 1972. Auf der anderen Seite sprechen verschiedene Argumente dafür, daß die österreichischen Marktanteile im Ausland sich in den Jahren 1974 bis 1980 günstiger entwickeln werden als in den sechziger Jahren; mit einem weiteren Rückgang, wie er zwischen 1961 und 1967 eintrat, wird nicht gerechnet. Der Anteil der österreichischen Exporte an den Exporten der europäischen OECD-Länder ist zwischen 1961 und 1967 von 2'2% auf 2'0% gefallen, seither auf diesem Niveau stabil geblieben. Für die Zukunft wird insbesondere angenommen, daß sich günstige Effekte vom Wegfall der EG-Außenzölle und eine weitere relative Aufwertungstendenz des Schillings dabei ausgleichen. Weiters lassen die hohen Exportzuwachsraten der letzten Zeit darauf schließen, daß sich auch außerökonomische Faktoren, wie insbesondere das günstige soziale Klima, auf den österreichischen Export positiv auswirken.

Man kommt daher zu dem Ergebnis, daß das Wachstum der österreichischen Märkte bei leicht steigendem Marktanteil, jedoch geringerer Importneigung der Haupthandelspartner eine leicht rückläufige reale Zuwachsrate der österreichischen Exporte zur Folge haben könnte. Der Exportanteil (Güter und Dienstleistungen) am Nationalprodukt beträgt in Österreich etwas über 30%. Der Exportmultiplikator ist auf Grund von Input-Output-Untersuchungen mit rund 1,6 anzusetzen, so daß die Hälfte des Nationalproduktes von der Verlangsamung der ausländischen Nachfrage betroffen sein könnte. Bei unverändertem Wachstum der inländischen Nachfrage würde das eine geringfügige Reduktion der Wachstumsrate des Nationalproduktes bedeuten.

Die Nachfrageentwicklung könnte sich daher etwas unter dem vom Angebotspotential vorgegebenen Rahmen bewegen. Die jährliche Zuwachsrate des Nationalproduktes wird im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1980 vorsichtig auf 4 $\frac{1}{2}$ % geschätzt.

KONJUNKTURELLE SITUATION

Wie selten zuvor ist die Einschätzung der konjunkturellen Situation der österreichischen Wirtschaft derzeit erschwert. In den Jahren bis 1969 ist der Gleichschritt mit der europäischen OECD praktisch nie gestört worden. Seit 1970 entwickelt sich die österreichische Konjunktur wesentlich selbständiger. Die europäische Konjunkturabschwächung 1970/72 und 1974 wurden in Österreich kaum verspürt. Die Kapazitätsauslastung wurde auch 1972/73 vom beginnenden europäischen Aufschwung sichergestellt, der Ende 1973 vorwiegend aus politischen Gründen unterbrochen wurde. Die ersten pessimistischen Prognosen für 1974 sind in der Zwischenzeit einer gemäßigt optimistischen Beurteilung der europäischen Konjunktur gewichen.

Österreich wird 1975 in den Sog des neuerlichen europäischen Aufschwungs kommen. Demgegenüber dürften die Jahre 1976 bis 1978 im Durchschnitt eher Jahre geringeren Wachstums sein.

Nimmt man allerdings an, daß sich verschiedene europäische Regierungen gezwungen sehen könnten, scharfe Maßnahmen, insbesondere wegen der Ungleichgewichte der Zahlungsbilanzen, zu ergreifen, so müßte wohl eine längere Phase geringeren Wachstums angenommen werden, aus der vielleicht erst 1977 und 1978 eine Erholung möglich wäre.

PREISENTWICKLUNG

Der Deflator des Brutto-Nationalproduktes wird für 1974 mit 8% vorausgeschätzt. Eine Stabilisierung der Preise für importiertes Öl und andere Rohstoffe wird angenommen. Für 1975 und wohl auch noch für 1976 ist mit hohen Preissteigerungsraten zu rechnen, falls man die Hypothese einer verhältnismäßig guten Konjunktur unterstellt und bedenkt, daß die Sekundärwirkungen der Kosteninflation in anderen Bereichen noch einige Zeit anhalten dürften; dies gilt besonders für die aufgeschobenen Erhöhungen öffentlicher Tarife. Hingegen könnte von der Kostenseite eine Beruhigung der Rohstoffmärkte durch den Zusammenbruch der Spekulation und von der Nachfrageseite infolge der Kreditrestriktion eintreten, so daß es zu einer leicht sinkenden Tendenz der Preissteigerungsraten kommen könnte.

Gegen Ende der Periode bis 1978 könnte durch die Effekte einer nachhaltigen Stabilisierungspolitik eine Preissteigerungsrate von 5% erreicht werden. Im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978 würde dies einer Preissteigerungsrate von 7 bis $7\frac{1}{2}\%$ entsprechen.

Die Annahme einer längeren Phase hoher Preissteigerungsraten und eine allmähliche Rückführung auf ein erträgliches Maß wird als wahrscheinlich angenommen. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß Prognosen über die längerfristige Entwicklung der Preissteigerungsraten von einer Vielzahl schwer abschätzbarer Einflüsse abhängen und daher einen hohen Unsicherheitsgrad haben.

ZENTRALE HYPOTHESE

Als wahrscheinlichste Entwicklung kann nach den vorstehenden Überlegungen eine reale Zuwachsrates des BNP von $4\frac{1}{2}\%$ pro Jahr bis 1980, eine Preissteigerungsrate von 7% bis $7\frac{1}{2}\%$ im Durchschnitt der Jahre 1974—1978 (danach von 5%) und damit eine durchschnittliche nominelle Wachstumsrate von rund 12% bis 1978 und von 10% bis 11% gegen Ende des Jahrzehnts angesehen werden.